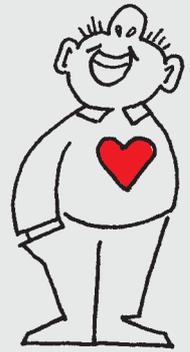




MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



3/2016 (Mai)

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Forst ist deutsch oder das, was einige dafür halten



Die Mehrheit der Stadtverordneten der Kreisstadt Forst will nicht zum sorbischen Siedlungsgebiet gehören. Dies gilt auch für die Ortsbeiräte aus Groß Bademeusel, Groß

Jamno und Briesnig.

Auf der Tagesordnung der SVV am 13.05.2016 stand eine Vorlage, in der die Stadtverordneten die Zugehörigkeit zum angestammten sorbischen Siedlungsgebiet beantragen sollten. Diese Vorlage wurde zu Beginn der Sitzung vom Bürgermeister zurückgezogen, weil er damit rechnete, keine Mehrheit für den Antrag zu finden. Da aber die Frist für eine Antragstellung am 31. Mai endet, war eine Entscheidung zwingend erforderlich. Die Mehrheit der SVV setzte deshalb die Abstimmung wieder auf die Tagesordnung. Da es nun keine Verwaltungsvorlage mehr gab, reichten CDU und wir konkurrierende Beschlussvorlagen ein. DIE LINKE bekannte sich zur Zugehörigkeit zum sorbischen Siedlungsgebiet, die CDU lehnte dies grundsätzlich ab. Der Vorsitzende der SVV unterließ es, die Abgeordneten über einen Brief des Kulturministeriums des Landes Brandenburg zu informieren, in dem um einen sachlichen Umgang mit dem Thema gebeten wurde. Anlass des Schreibens waren Aussagen von Dr. Jaehn (FDP), der die Arbeit des Sorbenrates mit Nazimethoden verglich. Herr Jaehn versucht leider immer wieder, seine inhaltliche Nähe nach rechts außen zu demonstrieren. Dies zeigt für mich vor allem, wie weit die sogenannte gesellschaftliche Mitte dorthin unterwegs ist. Im Vorfeld des Beschlusses hatten CDU und FDP immer wieder die finanziellen Fragen in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Als diese in unserem Beschlussantrag dann eindeutig geregelt wurden, änderte dies an der Position von CDU und FDP nichts. Die Kosten für die Zugehör-

rigkeit zum sorbischen Siedlungsgebiet werden entsprechend Gesetz vollständig vom Land Brandenburg übernommen. Forst ist Kreisstadt eines Gebietes, in dem sich der überwiegende Teil der Gemeinden zum sorbischen Siedlungsgebiet bekennt, nur die Kreisstadt selbst nicht. Gleichzeitig fordern CDU, FDP und andere, dass Forst auch nach der Kreisgebietsreform Kreisstadt bleiben soll. Das wird so nicht funktionieren. Nun ist Forst ja nicht ganz frei von Sorben. Der Ortsteil Horno gehört zum anerkannten sorbischen Siedlungsgebiet. Bei der Umsiedlung des Ortes haben gerade die Bauunternehmer aus dem Umfeld der CDU glänzende Geschäfte gemacht. Der Ortsteil wählt seit seiner Zugehörigkeit zur Stadt Forst mehrheitlich immer CDU. All das reicht aber nicht aus, sorbische Traditionen in der gesamten Stadt zu pflegen. Der Ortsbürgermeister von Horno, Herr Siegert, konnte seine emotionale Empörung in der Sitzung nicht verbergen. Er erläuterte u. a., welche finanzielle Unterstützung die Stiftung Horno für die gesamte Stadt in den vergangenen Jahren geleistet hat, z. B. bei der Rückholung der »Schwarzen Jule«. Dafür gab es dann ein paar warme Worte des CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Wußmann, aber keine Änderung in der Sache. Am Ende stimmten 16 Stadtverordnete gegen den Beitritt zum sorbischen Siedlungsgebiet, 11 stimmten da-

für. Es gab eine Enthaltung. Die Abstimmung war notwendig, weil ein politisches Bekenntnis zu diesem Thema zwingend geboten war. Das hätte auch der Bürgermeister wissen müssen. Dieser Beschluss wird über die Stadtgrenzen hinaus Wirkung zeigen. In Bezug auf Horno hat die Stadt wieder eine Chance für eine gemeinsame Identität verpasst. Ich schäme mich für diesen Beschluss.

Namentliche Abstimmung:

Für die Aufnahme von Forst ins sorbische Siedlungsgebiet haben gestimmt: Herr Grund, Herr Beier, Herr Bischoff, Frau Dreßler, Frau Nitschke, Herr Paeschke (LINKE), Herr Stenzel, Herr Landow, Frau Ließ (SPD), Herr Burchardt (Für Forst), Herr Wesemann (Bürgermeister)

Dagegen haben gestimmt:

Herr Dr. Wußmann, Herr Herzberg, Herr Bayer, Herr Dunkel, Herr Gebauer, Herr Kruse, Herr Lindner, Herr Meissner, Herr Tischer (CDU), Herr Dr. Jaehn, Herr Lischke (FDP), Herr Starick, Herr Kohn, Herr Friedrich (Für Forst), Herr Rother, Herr Nowka (beide fraktionslos)

Enthaltung:

Herr Auerswald (SPD)

Frau Zimpel (SPD) war nicht anwesend.

*Ingo Paeschke,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst*

Weltfriedenstag – 1. September 2016

Der Ortsverband DIE LINKE Forst (Lausitz) ruft alle Kinder aus Anlass des Weltfriedenstages am 1. September 2016 auf zum

Mal- und Zeichen-Wettbewerb.



Malt, zeichnet oder bastelt Bilder mit Motiven zum Thema Frieden – in unserer Stadt, unserem Land, auf unserer Erde.

Teilnehmen können alle Kinder bis 12 Jahre.

Die Bilder werden im Schaufenster ausgestellt und prämiert.

Gebt sie bitte bis zum 31.07.2016 in unserer Geschäftsstelle, Berliner Str. 22, in Forst ab.

Cornelia Janisch, Ortsvorsitzende



Auch das war der Mai 2016 in Forst



Foto oben links: 1. Mai auf dem Max-Seydewitz-Platz (Foto: Günther Mattern); Foto links: Interkulturelles Stadtpicknick am 11. Mai (Foto: Nastaran Nawras); Foto oben: Pfingstpreis am 15. Mai auf der Rennbahn (Foto: U. O. Kohlstock)

Aus der Stadtverordnetenversammlung informiert

Ortsumfahrung – da war doch mal was

Der Bundesverkehrswegeplan 2016 bis 2030 befindet sich zurzeit in der Anhörungsphase. Darin enthalten ist als vordringlicher Bedarf auch die Ortsumfahrung Forst. Die Stadtverordneten haben sich mit dem Thema letztmalig um das Jahr 2000 befasst. Dies war natürlich kein Grund für die Verwaltung, sich mit der Notwendigkeit der geplanten Baumaßnahme noch mal in den Ausschüssen der SVV auseinanderzusetzen. Für eine Stellungnahme gegenüber dem Bundesverkehrsministerium hat es allerdings gereicht. Den Inhalt kennen nur der Bürgermeister und die Bauverwaltung. Die Konsequenzen dieses Baus werden den Bürgern wieder einmal vorenthalten.

Die Ortsteile Briesnig und Bohrau werden nicht umfahren. Die notwendige Unterführung unter der Bahnlinie Forst-Cottbus zerstört die Verbindung über die Teichstraße nach Klein Jamno. Ein Teil der Jamnoer Teiche wird zerstört. Anschließend kreuzt die Umfahrung am Ortsausgang Forst die Spremberger Straße, um dann in Höhe der Biogasanlage kurz vor der Autobahnauffahrt zu enden.

Wir sagen ihnen Bescheid, wenn die Bagger rollen.

Wir bauen keinen Seerosenteich, wir bauen eine Wasserfläche

Der Mehrheitsbeschluss der SVV im Dezember vergangenen Jahres zur Gestaltung des Marktumfeldes war eigentlich klar zu verstehen. Es sollten Alternativen zum sogenannten Seerosenteich erarbeitet und eine mehrgeschossige Bebauung geplant werden. In den jetzt vorgelegten Studien des Landschaftsbüros

taucht der Teich in fast allen Varianten wieder auf. Die Bebauung wurde mal so in die Freiflächen gepackt, ohne ernsthaft über die Gestaltung nachzudenken. Das offensichtliche Bemühen, mit aller Macht die Teichversion durchzudrücken, ist unverkennbar. Die Bebauung der Ostseite des Marktes müsste eigentlich Vorrang haben, weil nur dies langfristig zu einem geschlossenen Stadtzentrum führen kann. In den vorgelegten Ideenskizzen wird aber hauptsächlich über eine Südrandbebauung diskutiert, mit einem Museum oder einer Bibliothek, obwohl die Bibliothek gerade erst im Rathaus eröffnet wurde und die Mehrheit der Stadtverordneten die Erhaltung des Textilmuseums am jetzigen Standort unterstützt.

Andere Vorschläge waren aber auch kaum zu erwarten, wenn das gleiche Unternehmen, das für die Konzeption des Seerosenteiches steht, diesen Bereich nun neu planen soll.

Wenn man einen Teich trocken legen will, darf man nicht die Frösche im Rathaus fragen.

Alkoholverbot in der Innenstadt

Egal, ob man das Alkoholverbot gut oder schlecht findet, es ist offensichtlich nicht gesetzeskonform. Trotzdem wird am Verbot festgehalten. Erst wenn ein Gericht bestätigt, dass die Einschränkung von Grundrechten so nicht zulässig ist, wird die Stadtverwaltung die Schilder entfernen. Besser wäre es jetzt, nach sinnvollen Alternativen zu suchen und nicht später auf die bösen Gerichte zu verweisen. Hier wird wieder mal städtisches Geld verbrannt, weil noch keine Alkoholverbotszone dauerhaft vor deutschen Gerichten Bestand hatte und

Forst da keine Ausnahme bilden wird. Wem dies nicht gefällt, der muss versuchen, die Grundrechte zu verändern.

Fraktion DIE LINKE, SVV Forst

NACHLESE kurz und knapp:

1. Mai: Die diesjährige Veranstaltung zum Tag der Arbeit fand unter dem Motto »Zeit für mehr Solidarität« statt. Forsterinnen und Forster fanden den Weg zum Max-Seydewitz-Platz und informierten sich an Ständen der DGB-Gewerkschaften und der LINKEN. Auf der bunten Hüpfburg tummelten sich zahlreiche Kinder, während die Erwachsenen den Tanzmäusen bei ihrer Darbietung zusahen und heftigen Applaus spendeten. Das Programm mit jungen Künstlern und Blasmusikern aus Spremberg sprach Besucherinnen und Besuchern aller Altersgruppen an.

PS: Die im Vorfeld ausgesprochene Einladung zu einer gemeinsamen Maifeier wurde von den Sozialdemokraten der Stadt Forst leider ignoriert.

8. Mai: Der 71. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus führte Genossinnen und Genossen der SPD und der LINKEN am Sowjetischen Ehrenfriedhof zum Gedenken zusammen. Nach Worten der Mahnung und des Gedenkens an die Opfer von Faschismus und Krieg durch den Forster Bürgermeister Philipp Wesemann legten die Anwesenden Kränze und Gebinde nieder.

Cornelia Janisch

Meinungen zum Pfingstcamp in Brandenburg 2016

Pfingstcamp 2016 – nein, danke!

Die einstigen Pfingsttreffen der FDJ in Cottbus, Karl-Marx-Stadt oder Berlin werden von manchem neuen Bundesbürger mit Skepsis gesehen. Was soll man dann aber zu dem Pfingstcamp der sogenannten »Umweltschützer« von diesem Jahr sagen. Einbruch, Zerstörung und bewusst Gefahren provozieren sind keine Aktionen, die wir als politische Mittel akzeptieren oder sogar gutheißen.

Ich hoffe, dass die Anstifter und Randalierer mit der ganzen Härte des Gesetzes bestraft werden, denn wir brauchen hier nicht Randalie, sondern vernünftigen Druck, um den Kohleausstieg bei Versorgungssicherheit ohne Importe zu vollziehen.

Wir brauchen hier keine Berufsrandalierer aus England oder Holland, die gestern gegen Atomstrom, heute gegen die Kohle protestieren, morgen gegen die Windräder, weil sie zu dicht an den Wohnungen stehen, und übermorgen gegen die Solaranlagen, weil dadurch fruchtbare Flächen der Landwirtschaft entzogen werden.

Was wir wirklich brauchen ist Förderung von Wissenschaft und Technik, damit die Speichermöglichkeiten von Solar- und Windstrom großtechnisch effektiv und bezahlbar werden. Es bringt nichts, wenn zeitweise Energie in die Netze eingespeist wird, die dort nicht benötigt wird und damit »Strafgebühren« kostet, und zu Spitz-

zeiten teurer Strom aus anderen Ländern gekauft werden muss. Beim Stromimport achtet dann nämlich keiner darauf, ob es Atomstrom oder umweltschädlicher Kohlestrom ist.

Wir wollen doch auch, dass keine weiteren Orte abgerissen werden und unsere schöne Brandenburger Landschaft nicht immer wieder umgegraben wird. Aber wir wollen deshalb nicht gezwungen sein, unseren Kindern und Enkeln die Märchen bei Kerzenlicht vorzulesen, weil der Strom unbezahlbar ist. Vernünftige Aufgaben mit machbaren Jahreszielen zum geordneten Kohleausstieg, das ist es, was wir brauchen.

Im Übrigen bin ich nicht einer, der wie der Blinde von der Farbe spricht: Ich war vom Tagebau Klettwitz betroffen, bin dann nach Klinge gezogen und dort wiederum vom Tagebau vertrieben worden. **Trotzdem: Kohleausstieg schrittweise!**

Günther Mattern,
Stellvertretender Ortsvorsitzender
DIE LINKE

Spruch des Monats

»Die Sprache der Vernunft
ist leider für viele Menschen
eine Fremdsprache.«

Steffen Hilbert

Meine Sicht

Seit gestern (15.05.16) sind die Protestaktionen der Bewegung »Ende Gelände« beendet. Umweltaktivisten aus anderen Ländern und ganz Deutschland haben an den Aktionen teilgenommen. Die Menschen aus der Lausitz haben schon im Vorfeld diese Art von Protest abgelehnt, darunter auch viele Braunkohlekritiker. Die Sorge vor Gewalt, Zerstörung und Sachbeschädigung spielte dabei eine große Rolle.

Wer hier lebt, hat schon viele Diskussionen zur Zukunft der Region miterlebt, mit harten deutlichen Worten, aber fair in der Sache.

Umweltaktivisten wissen, was Nachhaltigkeit bedeutet und eine erfolgreiche Aktion muss sich auch daran messen lassen.

Was aber bleibt bei den Menschen in der Lausitz nach diesem Wochenende hängen? Empörung über die Art und Weise des Vorgehens, Unverständnis und Wut.

Die Umweltaktivisten sind wieder abgezogen, sie hatten ihre Bilder, und die Lausitzer bleiben allein zurück. Einen solchen Protest will niemand, er löst auch kein einziges Problem.

Veränderungen in der Gesellschaft braucht Menschen, die hier leben und arbeiten.

Anke Schwarzenberg
Mitglied des Landtages **DIE LINKE**

Vom **LANDTAG BRANDENBURG** informiert

_____ Anke Schwarzenberg, MdL _____



Verwaltungsstrukturreform

Im Juli 2016 soll das Leitbild zur Verwaltungsstrukturreform beschlossen werden.

Der erste Entwurf einer Stellungnahme liegt in den Fraktionen zur Diskussion vor.

Am 2. Juni findet im Landtag eine nochmalige Anhörung im Innenausschuss statt. Gehört werden Vertreter der Landkreise, Bürgermeister, Amtsdirektoren, Landkreistag, Städte- und Gemeindebund und weitere Vertreter aus verschiedenen Gremien und Zusammenhängen. Nach der Anhörung wird der Entwurf der vorliegenden Stellungnahme überarbeitet und in den Fraktionen beraten und beschlossen.

Langes gemeinsames Lernen

In einer Fraktionsklausur hat sich die Landtagsfraktion der LINKEN sehr ausführlich mit dem Thema »Wege zur Gemeinschaftsschule – für ein längeres gemeinsames Lernen« beschäftigt.

Ziel der LINKEN ist es, allen Menschen – unabhängig von Geschlecht, Religion, Behinderung, ethnischer Zugehörigkeit, besonderen Lernbedürfnissen, sozialen oder ökonomischen Voraussetzungen – die gleichen Chancen und Möglichkeiten zu geben, an qualitativ hochwertiger Bildung teilzuhaben und ihre Potenziale zu entwickeln.

Aus dem oben genannten bildungspolitischen Ziel der LINKEN und der auf uns zukommenden demografischen Ent-

wicklung ergeben sich zwangsläufig Auswirkungen auf die Bildungspolitik, die nicht unterschätzt werden dürfen. DIE LINKE hält daher längeres gemeinsames Lernen und damit letztlich die Gemeinschaftsschule als ersetzendes Regelschulangebot für alternativlos.

Informationen zur Arbeit der Enquetekommission

In einer Veranstaltung in Döberin wurde über Arbeit der Enquetekommission berichtet. Ländliche Räume zukunftsfest entwickeln und gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern über Chancen und Schwächen des ländlichen Raumes zu sprechen, war Anliegen.

Fachgespräch in der BTU

Wissenschaftliche Forschung hilft uns, Lösungsansätze in der Politik zu finden. Zum Thema Wasserhaushalt in der Lausitz haben wir uns mit Vertretern der BTU getroffen, um uns über fachliche Ansätze auszutauschen.

Anke Schwarzenberg
Mitglied des Landtages **DIE LINKE**

Lesetipp



Unter dem Titel
»Brandaktuelle Veranstaltung der Frühlingsakademie –
Ein Extrakt zum Thema Rechtspopulismus«

finden Sie einen Artikel auf unserer Internetseite

www.dielinke-lausitz.de/politik/kreiszeitungen/malxeblatt,

sowie Hinweise zu weiteren Materialien.

Newsletter

AfD: Konservativ, reaktionär, nationalistisch, rechtspopulistisch

Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE, zum AfD-Parteitag:

»Die AfD unterstreicht heute, dass sie die Partei der sozialen Arroganz und des christlichen Fundamentalismus ist. Steuerpolitik: Millionen-Erbschaften sollen nicht mehr besteuert werden; sozialer Wohnungsbau: Fehlanzeige; Gesundheitspolitik: spielt keine Rolle. Stattdessen wird ein Familienbild aus dem 19. Jahrhundert gepredigt: Frauen am Herd sollen sich um die sozialen Folgen ihrer Wirtschaftspolitik für Reiche kümmern. Weil das nur ein Programm für die obersten 1 Prozent ist, wird dieses Programm mit Hetze gegen Muslime zusammengeklebt. Und wieder einmal zeigt sich: Das A in AfD steht für Ausgrenzung statt für eine wirkliche Alternative.

Wir haben in unserer Bundestagsfraktion den an diesem Wochenende in Stuttgart vorliegenden Programmtext analysiert. Er lässt sich mit den folgenden vier Worten zusammenfassen: Konservativ, reaktionär, nationalistisch, rechtspopulistisch.« 30.04.2016

Neue Friedenspolitik statt NATO-Aggression

»Bundeskanzlerin Angela Merkel begeht eine unverantwortliche Provokation, wenn sie 75 Jahre nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion die Bundeswehr zur russischen Grenze schickt«, erklärt Sahra Wagenknecht, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE. Wagenknecht weiter:

»Die Bundesregierung handelt brandgefährlich, wenn sie das

aggressive Spiel der NATO blind unterstützt. Eine dauerhafte Präsenz von NATO-Kampftruppen an der russischen Grenze widerspricht den bestehenden Vereinbarungen mit Russland. EU-Osterweiterungen und NATO-Truppenaufmärsche sind Gift für Frieden und Stabilität in Europa. Die Entsendung von Kampfeinheiten der Bundeswehr an die russische Grenze gefährdet die vitalen Interessen der deutschen Bevölkerung. Der Deutsche Bundestag muss darüber beraten.« 29.04.2016

Schäuble plant neuen Rentenklau

»Wer arm ist, stirbt früher und wer einen harten Job hat, kann nicht bis 70 arbeiten. Schäuble will also Millionen Menschen um ihren wohlverdienten Ruhestand bringen. Statt vor der Wahl zu stehen, bis zum Umfallen zu arbeiten oder drastische Rentenkürzungen in Kauf zu nehmen, sollen alle Beschäftigten spätestens mit 65 ohne Abschläge in Rente gehen können«, kommentiert Sahra Wagenknecht die Forderung von Wolfgang Schäuble nach einem späteren Rentenbeginn in Deutschland. Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Bereits die Rente mit 67 war ein Griff in die Tasche der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, denn nach wie vor ist nur eine Minderheit im Alter zwischen 60 und 65 überhaupt sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Schon wer über 50 ist, hat in vielen Unternehmen kaum eine Chance, eingestellt zu werden. Schäubles Forderung geht an der Lebenswirklichkeit unzähliger Beschäftigter völlig vorbei. Statt weltfremde Diskussionen über die Rente mit 70 zu führen, sollte die Bundesregierung lieber den Riester-Schwindel beenden und das gesetzliche Rentenniveau anheben. Dies ist kein Problem, wenn man eine solidarische Rentenversicherung einführt, in die auch gutverdienende Selbstständige, Beamte und Politiker einzahlen.« 21.04.2016

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 21.06.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Di., 30.06.: 18:30 Uhr »Treff Linksrum«
- Di., 12.07.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SSV**
- Mo., 18.07.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**
- Do., 19.07.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Di., 10.05.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SSV**

Alles möglich

Barack Obama hat auf dem Washingtoner Nukleargipfel deutliche Worte gefunden: Nie und nimmer dürfte radioaktives Material in die Hände von »Verrückten« gelangen. Das klingt ganz so, als ob auch er einen Wahlsieg Donald Trumps für möglich hält. **PF**

Es bleibt dabei: Satire darf alles.
Nur die Satiriker werden von
Zeit zu Zeit bestraft.
Andreas Koristka

Soziale Rechtsberatung

**am 30. Juni und 28. Juli,
jeweils ab 12 Uhr**

in der Geschäftsstelle
der LINKEN,
Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung
telefonisch (78 52)
oder persönlich jeweils
Dienstag 9 – 11 und 14 – 17 Uhr,
Donnerstag 9 – 11 Uhr

Soziale Bürgerberatung in Döbern

**ab 15. Juni (14-täglich)
jeweils von 10 bis 14 Uhr**

in der Begegnungsstätte
Betreutes Servicewohnen des DRK,
Forster Straße 14.

**Unser Malxeblatt
ist auch nachzulesen unter
www.malxeblatt.de**

Geburtstag

- 20.05.: 85 Jahre Hans-Joachim Lapuhs
- 04.06.: 66 Jahre Adelheid Singer
- 17.06.: 73 Jahre Joachim Schulz
- 21.06.: 61 Jahre Ulrike Werschnick
- 26.06.: 82 Jahre Wolfgang Mahling
- 26.06.: 65 Jahre Birgitt Beier
- 28.06.: 80 Jahre Rosemarie Bräuer
- 28.06.: 78 Jahre Winfried Schubert
- 30.06.: 62 Jahre Monika Brandtstätter
- 01.07.: 67 Jahre Elke Grenzer
- 12.07.: 76 Jahre Gudrun Ritschel
- 27.07.: 89 Jahre Jutta Schmidt
- 27.07.: 76 Jahre Wolfgang Spaarschuh
- 31.07.: 69 Jahre Reinhard Albinus

*Herzlichen Glückwunsch,
unserer Jubilarin, auch all jenen,
die hier nicht genannt sind!*

Hohe Gunst

Horst Seehofer ist bei den AfD-Anhängern beliebter als Frauke Petry. Spricht das jetzt gegen Seehofer oder für Petry? **HB**

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
V. i. S. d. P.: Cornelia Janisch

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, IBAN DE48 1805 0000 3305 1027 80, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

malxeblatt@gmx.de

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.